

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

106 (9.5.1921)

wirkung der bürgerlichen Reichstagsmehrheit. Wir scheuen uns auch keinen Augenblick, ganz offen den Verdacht auszusprechen, daß einflußreiche Kreise der rheinisch-westfälischen Industrie eine Verletzung des Ruhrgebietes lieber sehen, daß sie die dann unvermeidlich kommende Beteiligung französischen Kapitals weit lieber hinnehmen, als die ihnen drohende Sozialisierung.

Frankreich, in dem heute die Reaktion neben Ungarn am schlimmsten herrscht, ist für Sozialisierungspläne und Aufgaben noch für längere Zeit nicht reif. Und die französische sozialistische Arbeiterbewegung hat sich in einen Radikalismus hinein manövrieren lassen, der sie zur beschämendsten und leider so folgenschweren Ohnmacht verdammt.

Du lieber Himmel, die Stinnes und Konforten fühlen sich im Bunde mit französischen Kapitalisten immer noch weit wohler, als im Verein mit deutschen Volksgenossen, die im Interesse der Allgemeinheit Wirtschafts- und Staatspolitik treiben wollen. In Deutschland droht den reaktionären und großkapitalistischen Herrschaften bei ruhiger Entwicklung unvermeidlich Festigung der Demokratie und sozialistische Gestaltung; unter den benagelten Stiefeln des in voller Blüte stehenden französischen Militarismus fühlen sich die Herren, die ihre nationale und treudeutsche Gesinnung nur nach Prozenten berechnen, viel wohler. Die verblendete Politik der Unabhängigen, der Bahnsinn der Kommunisten, hat diesen kapitalistischen Herrschaften, die wir eben gezeichnet haben, vortrefflich in die Hände gearbeitet, wie sie die Reaktion im Lande ungeheuer gestärkt hat.

Wird das Ultimatum angenommen, dann muß unverzüglich sowohl die Gesetzgebungs- wie die Verwaltungsmaschinerie in vollem Umfange dafür nutzbar gemacht werden, alle die ungeheuren Leistungen auszubringen, die aus dem Ultimatum resultieren. Berechtigterweise kann man der Sozialdemokratie keinen Vorwurf machen, wenn sie sagt: wie dieser Ausgang des Krieges der bürgerlichen Politik zuzuschreiben ist, wie ebenfalls die tragische Situation, in der sich seit Abschluß des Friedensvertrages herausgebildet hat, zum großen Teile wiederum den bürgerlichen Politikern angedreht werden muß, so sollen nun auch die bürgerlichen Parteien mit einer rein bürgerlichen Regierung an der Spitze die Arbeit leisten, um all die enormen Summen und Sachleistungen aus dem deutschen Volke herauszuholen, die erforderlich sind. Warum soll denn die Sozialdemokratie für die Bürgerlichen im Innern Gerichtsvollzieher und Steuerexekutor spielen. Das deutsche Bürgertum, das heute an allen Stannutischen nach Notizen über die Sozialdemokratie schimpft, soll erfahren, wie seine Parteien verfahren und verfahren müssen, wenn nicht trotz Annahme des Ultimatus binnen wenigen Monaten die französischen Divisionen doch ins Ruhrgebiet einmarschieren sollen. Wie gesagt, diese Betrachtung der Dinge kann durchaus zeigen, die Bürgerlichen auch derweil unter sich in der Reichsregierung zu belassen.

Ob aber eine rein bürgerliche Regierung, gestützt auf eine bürgerliche Parlamentsmehrheit die Aufhebung der Leistungen nicht in ganz grober und gemeinschädlicher Weise stark zu Ungunsten der erwerbstätigen Massen des Volkes gestaltet, das ist eine Frage, an der wir Sozialdemokraten nicht achtlos vorüber gehen dürfen. Und wir glauben in den allerletzten Tagen Dinge bemerkt zu haben, die die eben aufgeworfene Frage einer gründlichen Erörterung wert erscheinen lassen. Zur Stunde scheint es noch so zu stehen, daß die ausschlaggebenden bürgerlichen Parteien am allerliebsten eine Regierung ohne Sozialdemokraten bilden möchten, wobei ihnen nach Lage der Dinge unersetzlich sicher Schwierigkeiten nicht bereitet werden. Wenn aber, was momentan wohl noch nicht geschehen ist, eine Beteiligung der Sozialdemokratie gewünscht und für erforderlich gehalten werden sollte, dann ist die sozialdemokratische Fraktion vor eine recht bedeutungsvolle Entscheidung gestellt.

Falls wir uns nicht täuschen, ist im Reichstage mit einer Mehrheit für Annahme des Ultimatus zu rechnen, damit auch mit der Annahme durch die neue Regierung. Aber das Ja hat gewaltige Konsequenzen für die bürgerlichen Parteien, wie es auch zu nicht minder großen Konsequenzen für die Sozialdemokratie führen wird — jetzt oder sicher in der nächsten Zukunft. Bei einem Nein erübrigen sich momentan innerpolitische Betrachtungen, da ja dann gegenwärtig kein Mensch die eintretenden Wirkungen genau abzuschätzen vermag.

Das Ja hat gewaltige Konsequenzen für die bürgerlichen Parteien, wie es auch zu nicht minder großen Konsequenzen für die Sozialdemokratie führen wird — jetzt oder sicher in der nächsten Zukunft. Bei einem Nein erübrigen sich momentan innerpolitische Betrachtungen, da ja dann gegenwärtig kein Mensch die eintretenden Wirkungen genau abzuschätzen vermag.

Aus Berlin wird uns weiter unterm 6. Mai geschrieben: Das Reichsschiff treibt steuerlos im Sturm. Es wäre vielleicht zuviel gesagt, daß die Verwirrung in unseren politischen Angelegenheiten schon den Höhepunkt erreicht hat, man soll nicht prophezeien, nur freilich kann man sich schwer vorstellen, wie es noch ärger durcheinander gehen könnte, als in diesem Augenblick. Die Regierung hat demissioniert, nicht weil ihr der Reichstag ein Mißtrauensvotum ausgestellt, sondern weil sie zu sich selber das Vertrauen verloren hat. Inzwischen beginnt die sechsstägige Frist zu laufen, in der wir uns über Annahme oder Ablehnung des neuen Ultimatus zu entscheiden haben. Um die Situation noch mehr zu verwirren und zu verwirren, muß sich auch noch der Polenaufruf in Oberschlesien dazugesellen.

Ueber Annahme oder Ablehnung des Ultimatus gibt es wie vor der Unterzeichnung des Friedens von Versailles, keine geschlossenen Parteimeinungen. In der sozialdemokratischen Fraktion dürfte man der Meinung sein, daß man durch die Ablehnung nur verlieren, aber gar nichts gewinnen kann, während die Annahme doch die Möglichkeit einer späteren günstigen Lösung offen hält. Söhnt Deutschland ab, so werden die französischen Nationalisten, die immer Marschbereit sind, das Ruhrrevier nicht dann besetzt und bleibt, solange bis die Bedingungen des Ultimatus erfüllt sind, d. h. es bleibt für immer in Frankreichs Hand, soweit die Weltgeschichte ein Zimmer kennt. Ueber die Möglichkeit, die finanziellen Bedingungen in den nächsten Monaten und Jahren zu erfüllen, geben die Meinungen auseinander. Es gibt Sachverständige, die es durchaus für möglich halten, daß man zunächst wenigstens die nötigen Zahlungsmittel schafft und die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit, wenn sie einmal kommen muß, auf einen weltpolitisch vielleicht günstigeren Zeitpunkt versetzt. Den Hauptpunkt des politischen und psychologischen Widerstandes bilden im Augenblick nicht die finanziellen Bestimmungen, sondern die Forderungen bezüglich der Entwaffnung und der Befreiung der Kriegsverbrecher. Hier ist die Angst eines Teiles der bürgerlichen Politiker vor der nationalistischen Gegenwirkung deutlich erkennbar.

Die Sozialdemokratische Partei ist nach wie vor entschlossen, den bürgerlichen Parteien die Verantwortung zu überlassen. Immerhin darf auch die Möglichkeit nicht übersehen werden, daß sich auf der einen Seite die Bildung einer Ablehnungsregierung als ganz aussichtslos erweist, auf der andern Seite aber eine Annahmeregierung ohne die Sozialdemokratie nicht zustande kommt. Dann käme die sozialdemokratische Partei vor einer neuen Situation, in der sie sich fragen müßte, ob die Befreiung des Ruhrreviers getragen werden muß, weil weder zum Ja und zum Neinfragen eine Regierung vorhanden ist und alles in Chaos und Entschluslosigkeit endet. Diese Möglichkeit darf nicht ganz außer Acht gelassen werden, so richtig auch die Auffassung ist, daß die Verantwortung den Parteien überlassen bleiben muß, deren Regierung die gegenwärtige Situation herbeigeführt hat.

Was sich die Franzosen in der Pfalz erlauben dürfen

In der Pfalz requiriert gegenwärtig, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, die französische Militärverwaltung nicht bloß die deutschen Kraftwagen, sondern sie überfordert auch den Kraftwagenführer Stellungsbefehle. Dieselben haben sich in der Regel innerhalb weniger Stunden zur Verfügung zu stellen und für 30 Tage Probiert mitzubringen. Von anderer Seite wird berichtet, daß auch Kraftwagenbesitzer die Fahrscheine haben und sogar Inhaber von Fahrscheinen, die keinen Kraftwagen mehr besitzen, auf diese Weise ausgehoben werden.

Großen, die alle unter einer Decke stöden. Der arme Teufel ist immer der Angeschmierte, und wenn er hundertmal Recht hat. Der Mann verprügte weit eher Lust, die ganze Schuld auf seine „horzelbohnig Paula“ zu wälzen und den Fall mit einer Tracht Prügel abzutun. Das litt indessen die Mutter nicht. Ihrem unablässigen Drängen konnte Vater Gaberdiel auf die Dauer nicht standhalten. Als sie ihm vorwarf, er habe kein Ehrgefühl im Leib und er sei überhaupt kein Mann und er lasse Salat mit sich anmachen, trat er herzhafte den Gegenbeweis und den Weg zum Bürgermeister an. Das war nicht die richtige Schieds. Der Bürgermeister erklärte sich für „incompetent“ und verwies den Beschwerdeführer an das Ministerium in der Pfalz, was dem armen Mann den Kopf zerbrach. „Du lieber Heiland“ ausbrach. Der Bürgermeister versuchte noch, ihm gültig zuzureden und das böse Wort des Direktors als harmlos und humoristisch hinzustellen. Der mißtrauische Pfälzlerbändler meinte gleich, wie der Dase lief. Der wollte gut Weiter machen. Natürlich! Das seine Lumpengehülde hängt alles miteinander zusammen. Die weiteren Kreise Steinachs sahen sich zu einer Stellungnahme in der Angelegenheit gezwungen. Nicht wegen der Person des Beleidigten. Der einem armen Schläder angelane Schimpf war für die besseren Bürger unerheblich, und man hätte sich begnügt, über den derbstömmlichen Ausdruck des Direktors zu lachen. Aber sie sagten sich mit Recht, was heute dem Pfälzlerbändler, kann morgen jedem andern begegnen. Darum galt es einen Kiesel vorzuschieben. Die Voricht mißriet jede offene Feindseligkeit gegen den großmächtigen Schuldirektor, der ohnehin im Ruf eines gefürchteten Fünfermachers stand. Er war ganz der Mann danach, es die Kinder einengen zu lassen. Die Steinacher ließen sich daher nicht zu der Unhöflichkeit verleiten, ihm offen eine böse Miene zu zeigen. Solcher Mangel an Erziehung lag auch gar nicht in ihrer Art. Sie schürten insgeheim und hinterherum und ließen es bei Gaberdiel nicht fehlen an Ermunterungen zur Bekämpfung der höchsten Stelle. Der Direktor mußte eine Rafe kriegen, und es konnte nur heilsam sein, wenn das geschwollene Beamtenpaß einmal sah, daß man den Steinachern nicht alles bieten durfte. Die offenkundige Gärung in der Bürgerchaft rief auf der Gegenseite fieberhafte Geschäftigkeit hervor. Es begann damit, daß die Frau Realschuldirektor auffallend häufige Kaffeefußungen gab, wobei sich die Tischplatte unter Delikatessen und Kuchenbergen bog; daß dazu auch Damen gebeten wurden, die bisher vergeblich nach dieser Auszeichnung geschmachtet hatten; und ferner, daß diese Damen zu einem verdächtigen starken Teil aus Müttern von Untersekundarschülern bestanden.

Deutsche Männer sollen also mit Gewalt gezwungen werden, an der beschäftigten französischen Militäraktion gegen das deutsche Industriegebiet teilzunehmen.

Wie das Riesen-Defizit bei den Eisenbahnen entsteht

Das Milliardendefizit bei den Eisenbahnen wird bekanntlich zu einem guten Teil dem Abschluß und dem Tag in die Schuhe geschoben. Wir haben schon öfters in unserem Blatte die Unhaltbarkeit dieser Auffassung begründet und dargelegt, daß die ungeheure Materialverzehrung und die damit verbundenen Riesenverluste der Eisenbahnmaterialeisenbahnen in Wirklichkeit schuld sind. — Der „Deutsche Eisenbahner“, das Zentralorgan des Deutschen Eisenbahnerverbandes, hat deshalb erneut die Forderung, daß sich die Eisenbahnverwaltung wenigstens bestmöglich in haarscharfen Betrieben zu gewinnen. Hoffentlich von dem Unternehmertum freimachen sollte. Das Blatt fährt so dann fort: Berücksichtigt man schließlich noch, daß die frühere preussisch-hessische Eisenbahnverwaltung die Mittel für verbundene Anlagen, wie der Ausbau der Gleisanlagen, der Bau neuer Bahnen, nicht im Haushaltsplan veranschlagt, sondern durch besondere Anleihegesetze flüssig gemacht hat, während die Reichseisenbahnverwaltung allein für die „sonstigen Bauausgaben“ für 1921 = 3,130 Milliarden Mark in den außerordentlichen Etat eingeseht hat, so ist die Defizitwirtschaft der Reichseisenbahnen nicht anders als ein großer Buchungsschwindel überster Art. Dem Personal konnte es schließlich gleich sein, wie die Staatsbürokratie ihre Buchführung gehalten. Solange es aber seitens der Öffentlichkeit immer wieder für das Riesendefizit mit verantwortlich gemacht wird, muß es Wert darauf legen, daß diesem Riesen-schwindel einmal zu Leibe gerückt wird.

Auf die ungeheuren Werte an Eisenbahnmaterialeisenbahnen aller Art, die in und nach dem Kriege den Staatseisenbahnen verloren gegangen sind und jetzt mit ungeheuren Kosten wieder beschafft werden müssen, haben wir schon öfters hingewiesen. Auch dieser Punkt gehört zu dem Begriff „Buchungsschwindel“, denn der Haushaltsplan ist zu unecht mit den für die Beschaffung von Fahrzeugen, Ersatzteilen, Holz und Eisen aller Art usw. belastet. Diese Ausgaben müßten zum mindesten im Reichshaushaltsplan unter der Rubrik „Wiederaufbau“ erscheinen.

Um welche ungeheuren Summen es sich dabei handelt, sollen nur wenige Beispiele zeigen: Für den Bau neuer Bahnen, zweiter Gleise, Erweiterung von Bahnhöfen sind für 1920 angefordert 1,701 und für das laufende Rechnungsjahr 2,520 Milliarden Mark. Hierunter entfallen 2,153 Milliarden = 86% der gesamten Forderungen auf die Fortführung und Vervollständigung älterer Bauausführungen und nur 367 Millionen auf Neubauten. Also alle diese Kosten sind unter der preussisch-hessischen Eisenbahnverwaltung aus Anleihen bestritten worden und trotz alledem vergleicht man immer wieder die früheren Lebergewinne der „sparsamen“ preussischen Verwaltung mit der Defizitwirtschaft der Reichseisenbahnen. Ferner verlangt der Schuldendienst im ordentlichen Haushaltsplan für 1920 2,519 und für 1921 2,824 Milliarden Mark = 8,6 bzw. 9,1% der Gesamtausgaben. Gehören diese Kosten etwa zur Defizitwirtschaft oder stehen diesen Zahlen nicht auch ungeheure Werte an Geländen, Bauten, Inventar aller Art und Materialvorräten gegenüber? Ein Kaufmann oder Großindustrieller würde sich die Bilanz eines Riesenunternehmens wie die Reichseisenbahnen jedenfalls anders vorstellen.

Nach der Erläuterung der Regierung sollen zur Deckung der Kosten für die Fahrzeugbeschaffungen in erster Linie die Entschädigungen aus allgemeinen Reichsmitteln für die an den Feindbund abgegebenen und im Krieg verlorengegangenen Fahrzeuge herangezogen werden, die nach dem Wert zur Zeit der Abgabe bemessen wird. Diese Mittel reichen jedoch zur Deckung der Beschaffungskosten nicht aus. Es ist daher ein weiterer Betrag von 1,616 Milliarden Mark erforderlich, der aus Mitteln des Betriebsausgaben-Haushaltsplan ist, da es sich um Ersatzbeschaffungen handelt.

Gründliche Bekämpfung des Kapitalismus

In der letzten Nummer der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ vom 30. April berichtet der bisherige Obmann des Betriebsrats der Leuna-Werke W. Daniele aus Merseburg über das, was er während des mitteldeutschen Aufstandes an seiner Arbeitsstätte beobachten konnte. Von der Arbeiterchaft des Leuna-Werkes wurde ein Aktionsausschuß gewählt, der den Kampf gegen die „Weißgar-

Das Nähkörbchen der Frau Zonfus

Kleinstadtschichte von Ferdinand Madlinger

Die Gaberdiel Paula kam heulend nach Haus. Auf dem ganzen Heimweg hätten ihr die Schiller etwas nachgerufen, was der Herr Direktor zu ihr gesagt hätte. Und es war eine Schande vor den Leuten, und sie wollte überhaupt nicht mehr in die Realschule.

Ja was denn das wäre, was die Schulkinder gerufen hätten und was der Herr Direktor gesagt hätte, wollte die Mutter wissen. O, das könne sie nicht sagen, schluchzte die untröstliche Paula unter Herzschößen, es sei „u wiescht“.

Die Frau Gaberdiel band ihre Schürze ab, schlug den Schal am die Schultern und eilte kurz entschlossen hinüber zu Weißwarenhandlcr Nebelmeßers, deren Tochter ebenfalls die Untersekunda besuchte.

Die liebe Frau Nebelmeßer schilderte mit gewissenhafter Ausführlichkeit und sichtlich Teilnahme den Vorgang, wie ihre Beria ihn von der Schule gebracht hatte. „Also der Herr Direktor Wendling hat Dei Paula g'fragt, wege was daß ze vor die Löhner gar nie looin Knids macht, wie die Vorschrift ist, un alsofort bloß mi'm Kopf nicht. Die Paula hat g'sacht, sie knnt looin Knids. Demo hat der Herr Direktor en Rodes frigt un hot g'scholt: „Du muscht“ un „Ich will dir beweise, daß du fannscht“ un so.“

Darauf habe er mit ihr ein regelrechtes Erzieren angestellt, zum Koffen für die Klasse. Denn das Paulale sei doch ein bißchen stark angeschossen und habe mit ihren langen Beinchen den Knids arg unbeholfen ausgeführt, fast wie einen Kniefall vor dem Kreuzstift. Und als die Paula immer wilder lachten, habe das Paulale das Klennen angefangen. Da habe der Direktor sie voller Born in die Bank gesagt und dabei den ordinären Ausdruck gebraucht.

Die geschwätzige Nachbarin mußte der bekümmerten Mutter den Ausdruck ins Ohr flüstern. Frau Gaberdiel fuhr empört in die Höhe, das Blut schoß ihr zu Kopf. Ob man so etwas leiden müsse. Ob ein Lehrer ihrer Tochter so etwas antun dürfe. Und ob sich der feine Herr denn nicht vor den Kindern schäme, solche Ausdrücke in den Mund zu nehmen. Ob das die ganze Bildung sei von den Studierten, die immer so große Sprüche machen von Jugendpflege und Volkserziehung.

Der Herr Pfälzlerbändler Gaberdiel wußte erst nicht was machen, als ihm die Frau das Neufte kund tat. Er neigte wenig zum Beschwören, denn das Ein und Her mit den Behörden schenkte er fast ebensosehr wie die Strabade der Abfassung eines Schriftstückes. Und er rechnete auf keinen Erfolg bei den

Der Herr Direktor selbst blieb nicht untätig. Er schrieb in der Zeitung eine beachtenswerte Artikelserie „Ueber Ziele und Wege einer gesunden Schulreform“. Er ließ im Militärverein einen festlichen Vortrag vom Stapel über die Heldekämpfe des 14. Armeekorps an der Rhaine. Im Frauenverein sprach er geistvoll und tiefgründig über Transzendentalphilosophie unter Beigabe von Bildnissen. Defter als je ließ er als Leiter der Pfadfindertroupe seine Jungmannen auf dem allerstimmlichen Marktplatz antreten und führte draußen im Gelände Schlachten auf, deren taktische Idee jeweils in der „Bürgerzeitung“ einen sachkundigen Besprecher fand.

Es schien, als solle der Öffentlichkeit auf einmal vor Augen geführt werden, was für einen grundgesunden, modernen, hochgebildeten, gelehrten, vielseitigen, tüchtigen, vaterländischen, opferwilligen und werblichen Edelmannsich die Stadt an diesem Direktor besäße. Und in seiner Stunde hatte ein kleiner Pfälzlerbändler und rauchte sich das Haar, weil er um des lieben Hausfriedens willen sich zur Abwendung der Beschwerde verstanden hatte.

Nach solchen Vorbereitungen konnte der Direktor einen Gewaltstreik führen gegen das verleumderische Gerede. Er beruhte eine Lehrerkonferenz an über den Fall Gaberdiel. Die sieben Lehrer der Anstalt sahen ermutigungsvoll um den Tisch des Lehrers, und in ihrer Klasse harte eine ausgewählte Schar Untersekundaner in Sonntagskleidern.

Der Direktor eröffnete die Konferenz mit dem Bemerkten, er sehe sich zur Wiederherstellung seiner Amtsbere zu diesem Schritt genötigt. Er wolle den Nachweis führen, daß er den ihm zur Last gelegten Ausdruck nicht gebraucht habe. Zweifelloso liege ein Mißverständnis vor, ein Verhören von seiten einiger Schüler, wenn nicht ausgesprochene Böswilligkeit Nebelwollens. Der Möglichkeit habe er etwas ähnlich Lautendes gesagt, an das er sich jetzt nicht mehr erinnere. Er redne auf die Unterstützung der Kollegen in dieser Sache, in der alle Beamten gegen die Bürger zusammenstehen müßten, und gebe sich der angenehmen Erwartung hin, die Herren würden bei aller pflichtgeborenen Sachlichkeit die Unterjudung führen mit demjenigen kollegialen Wohlwollen, das er ihnen auch immer erzeigt hätte. Das Verhör begann. Die Schüler wurden einzeln herein gerufen. Keiner hatte etwas gehört. Einige fügten ihrer Aussage aus freien Stücken die Wendung bei: „Ueberhaupt halte ich den Herrn Direktor solch unpassender Ausdrücke für unfähig.“ Das Ergebnis befriedigte. Der Protokollführer, Realschleher Kagenmaier, trug es in das Dienstbuch ein. Sämtliche Lehrer bestätigten unterzeichnet, sie hätten aus dem Gang der Lehrerkonferenz die Ueberzeugung gewonnen von der Galtlosigkeit der schlimmsten Verleumdung. Das Protokoll ging verriegelt an das Unterrichtsministerium. (Fortf. folgt.)

Nr. disten" seiner Söhne
ein betr gänge u hemacher gen der wogen schen schen höhere hände i Jigarette das Sch brochen. mehr e Kempin schänle
Zeh Allerie Bon me heitern front (Etich lo
Wä Schüben gelageln den abe gen in jere „ta schaft d und es Teil der rieg, R Befäm recht ba delt, bi nichts f
Die findende der red Kofiz in jellen jentlich fah: fte nalen, j seien jst hart jst
Wo auswärts nicht ja Anwesen der Kor Tre nicht; j ist folge der er
partie politisch möcht und i
Wif Krefreman nach de des frü bei den auch ge es ist n jande festige teien w loaktion
Die mit die beretit
Sh
Ma vielfach zu erst empfunden das Kol alterliche Schausp rübliche hatt freu streben
Die an Pfä den Bel itche Sp lanbau nahme Dieses felter m in Anze gemeinsh
Es leiten fu terführer daß es stämtus Doftern schlehen laßung hin ein Best, se nicht zu und Laf macht es fübern, schlingen mer noch jden un

...führen hatte. Wie sich dieser Aktionsausschuss seiner Aufgabe entledigte, zeigt Daniel in den nachfolgenden Sätzen außerordentlich treffend:

Was haben denn diese Helden geleistet? In der Zeit, wo ein beträchtlicher Teil der Arbeiter, meist Jugendliche, die Eingänge und Zufahrtsstraßen zum Werk sowie die Bahnanlagen bewachen mußte, die übrigen Arbeiter mit der allmählichen Herstellung von Sprengstoffen und behelfsmäßigen Panzerwagen und Autos beschäftigt waren, beschäftigten sich die eigentlichen Träger der revolutionären Bewegung mit der gründlichsten Bekämpfung des Kapitalismus. Es wurde täglich eine größere Anzahl Schweine und Kinder geschlachtet, riesige Bestände dem Lebensmittelamt entnommen, das Zigarren- und Zigarettenlager geplündert — um den verwöhnten Kapitalisten das Schlemmen endgültig abzugewöhnen — der Weinteller zerbrochen. Jetzt steigerte sich natürlich der Mut und das nunmehr erlangte „proletarische Denken und Fühlen“ der Holz-, Kumpen und Krohne wurden durch Sprengung mehrerer Kassenstände zum Ausdruck gebracht.

Zehn Stunden vor der Beschießung des Werkes durch Artillerie brachte sich die „famose Kampfleitung“ in Sicherheit. Von mehreren Lastautos und einigen Hundert bewaffneten Arbeitern begleitet, führten die „Arbeiterführer“ angeblich zur Front (!) und brachten sich, die unerfahrenen jungen Leute in Etich lassend, in Sicherheit.

Während des Weltkrieges war es genau so. In den Schützengräben lagen im Trommelfeuer die Mannschaften angelang ohne Essen und ohne einen Tropfen Wasser. Sinnen aber in den Bataillonsunterständen und vor allen Dingen in der Etappe, in den Stabsquartieren schmelzten mehrere „tapferen Offiziere“. Dem deutschen Volk ist die Herrschaft dieses Offizierskorps endlich doch zu bunt geworden und es hat sie zum Teil gelagt. Wenn auch heute ein Teil der Arbeiterklasse noch jenen nachläßt, die im Bürgerkrieg, Brandstiftung und gemeinem Einbruch die günstigste Bekämpfung des Kapitalismus erblickten, so wird er doch recht bald erkennen, daß es sich hier nur um Elemente handelt, die lediglich an ihren eigenen Vorteil denken, die nichts für die Allgemeinheit zu opfern bereit sind.

Badische Politik

Neaktionärer Vlod für die Landtagswahlen

Die „Süddeutsche Zeitung“ erhofft für die im Herbst stattfindenden Landtagswahlen eine bedeutenden Stimmengewinn der rechtsstehenden Parteien. Sie bespricht in einer kurzen Notiz in ihrer Nummer 105 vom 5. Mai die Aussichten der einzelnen Parteien und meint, der neue Landtag werde einen wesentlich verstärkten rechten Flügel sehen. Mit dieser Auffassung steht sie in ihrer Kritik nicht allein. Auch die deutschnationalen Abgeordneten erklären ohne weiteres, in diesem Landtag seien sie 7, im nächsten würde ihre Fraktion 14-16 Mann stark sein.

Antworten, Herr Herrschaffen! sagen wir. Aber die Wahlausichten der einzelnen Parteien läßt sich vorderhand feststellen nicht sagen; wir befinden uns noch inmitten großer politischer Verhandlungsprozesse, und da vermag man die Wahlsancen der Parteien nur oberflächlich einzuschätzen.

Aber so ganz sicher sind sich selbst die Deutschnationalen nicht; sie sehen sich bereits nach Hilfe um. Recht bezeichnend ist folgende Äußerung der „Süddeutschen Zeitung“; sie sagt in der erwähnten Notiz weiter:

„Es erhebt sich die Frage, ob das Verhältnis der Rechtsparteien so bleiben soll, wie bisher, und ob nicht die innerpolitische Lage nach einem anderen Modus drängt. Wir möchten die außerordentlich wichtige Frage heute nur streifen und maßgebenden Stellen zur Betrachtung empfehlen.“

Also Heranziehung der Deutschen Volkspartei, der badischen Freisinnigen, unter Einschluß jener Kreise des Zentrums, die nach dem Vorbilde des katholischen Freisinnigen von Stöckingen, des früheren Mitgliedes der 1. badischen Kammer, schon heute bei den Deutschnationalen politischen Unterschlupf gesucht und auch gefunden haben. Das strebt die „Süddeutsche“ an, und es ist nicht ausgeschlossen, daß eine derartige Rechtsfront zu Stande kommt. Der Wahlkampf würde alsdann eine ziemlich heftige Form annehmen. Denn die derzeitigen Koalitionsparteien waren ohne Ausnahme das Angriffsobjekt dieser Rechtskoalition.

Die Sozialdemokratie insbesondere brennt darauf, mit diesen Leuten einen Strich auszuföhren. Jedenfalls steht bereits langsam die Vorbereitung zum Wahlkampf ein. Er wird

zum Entscheidungskampf für die Lebensfähigkeit der republikanischen Grundzüge in Baden.

Vom Landtag. Wie nun endgültig feststeht, wird der Landtag am Mittwoch, 11. Mai, nachmittags 3 Uhr, zu einer Plenarsitzung zusammentreten.

Ubergang von der Volksschule zu den höheren Schulen. Um einen organischen Ubergang zwischen der Volksschule und den höheren Schulen zu erzielen, wurde der Schuljahresbeginn auf Ostern verlegt. Dadurch wurde es möglich, von einer Verlängerung der reichsgesetzlich auf 4 Jahren festgesetzten Dauer der Grundschule abzusehen und gleichzeitig wurde dadurch auch die bisherige Verschiedenheit in der Dauer der Vorbereitung der vom Lande und aus der Stadt kommenden Schüler beseitigt. Durch Bekanntmachungen vom 7. Dezember 1920 und vom 19. Januar 1921 wurde angeordnet, daß auf Beginn des neuen Schuljahres nur solche Kinder in die unterste Klasse der höheren Schulen aufgenommen werden dürfen, welche vier Jahre die Volksschule durchlaufen oder wenigstens bis zum 1. September 1921 das 10. Lebensjahr vollendet haben.

Der Kampf um das Sperrgesetz für Grundstücke

Am nächsten Mittwoch, 11. Mai, hat sich der badische Landtag in der abermaligen Vollversammlung zu entscheiden, ob er das vielbesprochene und von gewissen Interessenten stark bekämpfte Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken über seinen jetzigen Geltungstermin, 15. Mai, hinaus verlängern oder es aufheben will. Der Verfassungsausschuss, der vor 2 Jahren auf Anregung der Sozialdemokratie dieses Gesetz beschloß, hat, um der wilden Grundstückspekulation, wie sie sich damals breit machte, einen Damm entgegenzusetzen, trat deshalb am Freitag, 6. Mai, zu einer längeren Sitzung zusammen, um dem Plenum die nötigen Unterlagen zu liefern.

Der Berichterstatter, Abg. Dr. Bernauer, teilt mit, daß jetzt auch andere Länder ein ähnliches Gesetz schaffen, weil der Grundstücksverkehr sich überall breit macht. Sogar das Reich will auf diesem Gebiete vorgehen; es müßte sich — ein gutes Zeugnis — auf die badischen Bestimmungen, die also nicht so schlecht und unbrauchbar sein können, wie sie sogar von Juristen hingestellt werden. Allerdings will der Reichsgesetzentwurf nur Verkäufe von Grundstücken über 5 Hektar treffen; in dem typischen Lande des Kleinbauernbaus, in Baden, hat man die Beschränkung auf 1 Hektar getroffen, weil sonst fast keine Grundstücke unter das Sperrgesetz fielen. Auch will der Reichsgesetzentwurf eine Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Grundstücken machen. Leider dürfte noch längere Zeit vergehen, bis dieser Entwurf Gesetz wird. Und eine Ueide, durch welche dann eine Teilung der Grundstückspekulation hindurchzuführen können, darf nicht entstehen. Wir können also in Baden das Grundstücksper Gesetz nicht aufheben und warten, bis das Sperrgesetz des Reiches fertig wird. Aus diesem Grunde beantragte der Berichterstatter trotz offenkundiger Mängel des badischen Gesetzes, welches auch die Sozialdemokratie zugibt, einfach Verlängerung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit.

Dieser Standpunkt nahm auch die Regierung, vertreten durch das Ministerium des Innern und das Arbeitsministerium, ein, nicht aber die bürgerlichen Parteien. In ihren Reihen sind starke Strömungen gegen das Gesetz wahrnehmbar. Die Deutschnationalen lehnen, wie sie auch am Freitag mitteilten, das Gesetz ganz ab, ebenso einige Vertreter des Zentrums, während der demokratische Sprecher einzelne wesentliche Änderungen an ihm vorgenommen wissen will, ehe er die Zustimmung zur Verlängerung zu geben in der Lage ist. Sie beziehen sich vor allem darauf, daß man nach seiner Meinung von dem Verlangen der Genehmigung absehen und dem sogenannten Vorverkaufrecht, das durch den Staat oder die Gemeinden ausgeübt werden kann, sowie auch der Einigungsbescheinigung größere Bedeutung verleihen soll. Um diese und auch noch andere Vorschläge zu prüfen und ihnen Gesetzesform zu geben, scheitert man schließlich einen dreigliedrigen Untersuchungsausschuss ein, der dem Verfassungsausschuss bis Montag früh seine Beschlüsse zu unterbreiten hat.

Die Debatte über das Grundstücksper Gesetz, seine Vorgelegungen in juristischer, finanzieller und moralischer Hinsicht, war eine recht lebhaft. Die Gegner erklärten, der Fiskus sei um Millionen an Steuern betrogen worden, weil der wahre Kaufpreis beim Nachkaufen der Grundstücke nicht angegeben werde. Die Autorität des Staates leide unter diesen offenkundigen Gesetzesumgehungen. Auch rechtlich befriedigend ist nicht, denn der sogen. obligatorische Vertrag mache den Grundstücksverkauf doch gültig. Mit Gesetzesparagrafen könne man wirtschaftliche Erscheinungen, wie starken Grundstücksverkehr in Zeiten großer Notwendigkeit, nicht regeln; ein Verbotnis 1. Klasse für das badische Grundstücksper Gesetz wäre angebracht.

Dagegen wandten sich zwei Zentrumsvertreter, die Sprecher der Regierung, insbesondere auch der Arbeitsminister, und ganz energisch die Sozialdemokratie. Sie lieh durch ihre Reden erklären, daß sie unbedingt an der Notwendigkeit der Verlängerung des Gesetzes festhalte. Eine Zwischenpause zwischen dem beabsichtigten Reichsgesetz und dem jetzigen badischen Gesetz dürfe nicht eintreten. Auch in den Städten hat es gute Wirkungen gehabt. Nur die kurze Dauer des Gesetzes sei zu beklagen. Eventuell müßten auch die Grundstücke unter 1 Hektar noch vom Sperrgesetz erfasst werden. Die Gegnerschaft mancher Notare, die man fast als Sabotage bezeichnen könnte, sei der strikten Durchführung des Gesetzes auch nicht förderlich gewesen. Ohne gesetzliche Eingriffe des Staates komme man heute nicht herum. Aus Gemüht hätten auch die eingeholten Urteile der Organisationen der Arbeiterschaft, welche sich strikte gegen die Aufhebung des Sperrgesetzes aussprechen, zu fallen, weil infolge gesteigerter Grundstückspreise in den Städten die Mieten dann noch höher stiegen. Die Vorteile des Gesetzes würden seine Nachteile überwiegen.

Der Berechtigung dieser Argumente konnte sich die Mehrheit des Verfassungsausschusses nicht entziehen, und so beschloß sie, wie schon bemerkt, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der hoffentlich den rechten Weg finden wird, um die zugegebenen Mängel des Gesetzes zu beseitigen und die Fortdauer der Geltung auf längere Zeit hinaus zu sichern.

Zum Streik in der badischen Textilindustrie

wird uns geschrieben: Am 31. Januar ds. Js. wurde von seiten der Arbeitnehmer das derzeitige Lohnabkommen in der badischen Textilindustrie gelündigt und daraufhin eine allgemeine 30prozentige Lohnerhöhung beantragt, welche der Arbeitgeberverband dahingehend beantwortete, er habe von der Forderung Kenntnis genommen. Bei der später stattgefundenen Besprechung der Parteien erklärten die Arbeitgeber, daß von einer Lohnzulage keine Rede sein könne und auch die derzeitigen Löhne und deren weitere Verbeibehaltung schliehen sie nur noch kurzfristig ab. Das heißt mit anderen Worten, die Arbeitgeber tragen sich mit dem Gedanken des Lohnabheues. Daraufhin wurde die Vermittlung des badischen Arbeitsministeriums angerufen, die Herrren Arbeitgeber liehen sich aber in keiner Weise bewegen, sich zu Zugeständnissen bereit zu erklären, jedoch eine dementsprechende Verhandlung nicht zustande kam.

Nun hielt die Textilarbeiterchaft Badens große Versammlungen ab, in welchen zum Teil mit großer Mehrheit der Streik beschlossen wurde, indem doch feststeht, daß die Löhne in der badischen Textilindustrie als die niedrigsten zu bezeichnen sind und im Reich bei Verhandlungen stets hemmend und hindern im Interesse der Arbeitnehmer waren. Es ist noch zu bemerken bei den Abstimmungen in diesen Versammlungen erklärten auch christliche Organisationsvertreter, daß sie, wo sie mit ihrer Mitglieder in Frage kommen, Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften mitkämpfen bis zum Endziele. Aber zwei Tage hernach, nachdem der Kampf ausgebrochen war, hörte man von ihnen nichts mehr anderes, als der Streik wä ihnen von den freien Gewerkschaften aufgezungen worden.

Am 12. April 1921 tagte der Schlichtungsausschuss Freiburg i. Br. betr. Lohnausstand bei den Firmen Karl Mez, Mez, Vater und Söhne, sowie bei der Rameiegesellschaft in Entenningen. Es erging vor dem Schlichtungsausschuss folgender Einigungsorschlag:

Unter der Voraussetzung, daß die Arbeit in den betroffenen Betrieben alsbald wieder aufgenommen wird, erklären sich die Arbeitgeber bereit, daß sie die Löhne der Textilarbeiter nach dem Abkommen vom 1. November 1920 im allgemeinen als aufbesserungsbedürftig anerkennen, daß aber die Festsetzung der Aufbesserung nur nach sorgfältigen Ermüdungen erfolgen kann. Die Arbeitgeber erklären sich zur Aufnahme der Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft innerhalb von zehn Tagen bereit. Führen diese Verhandlungen bis spätestens 15. Mai nicht zu einem Ergebnis, so soll der Schlichtungsausschuss Freiburg einen Schiedspruch für das gesamte Gebiet der badischen Arbeitsgemeinschaft fällen. Nicht zur Erklärung bis Freitag, den 15. April 1921, nachmittags 6 Uhr. (Folger Unterschriften.)

Dieser Einigungsorschlag wurde von seiten der frei organisierten Arbeiterschaft abgelehnt und zwar mit der Begründung, er trage nicht das mindeste Zugeständnis in sich sondern bedeute nichts anderes als eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit.

Am 18. April tagte der Schlichtungsausschuss Freiburg erneut und zwar glaubte man dorten die Arbeitnehmerschaft überzeugen zu müssen, daß sie unter allen Umständen die Arbeit aufnehmen sollte. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, am kommenden Tage in den Streikversammlungen geheim abstimmen zu lassen, ob die streikende Textilarbeiterchaft gewillt ist, durch eine Vertretung des Freiburger Schlichtungsausschusses sich über die derzeitige Lage aufklären zu lassen. Auch dieser Vorschlag wurde durch geheime Abstimmung abgelehnt. Allerdings haben inzwischen die Vertreter der christlichen Textil-

Theater, Kunst und Wissenschaft

Volksschauspiele Dettingheim

Man schreibt uns: In Wort und Schrift tritt uns heute vielfach das Verlangen entgegen, der Volksschule neue Wege zu eröffnen. Einer dieser Wege, der dem volkstümlichen Kunstempfinden wohl am nächsten liegt, weist uns ohne weiteres auf das Volksschauspiel nach Art der antiken Theater und mittelalterlichen Volksschauspiele hin. In Baden hat sich die volkstümliche Schauspielform in dem weltberühmten Oberammergau am ungewöhnlichsten erhalten. Wir Badener sehen in Dettingheim bei Rastatt seit einigen Jahren ein ähnliches, gleichwürdiges Volksschauspiel sich entfalten.

Die Dettingheimer Volksspiele unter Leitung des kunstsinigen Pfarrers Gaier haben sich mit kurzer Unterbrechung durch den Weltkrieg schon etwas über zehn Jahre erhalten. Das treffliche Spiel der einfachen Bürger, Bauern und Handwerker hat landauf und landab eine ungemein warme und begeisterte Aufnahme gefunden und Freude und Frohsinn hinausgetragen. Dieses opferbereite ideale Wirken darf dem kunstsinigen Spielleiter mit seinem Kreis wohl mit Recht als große soziale Tat in Anrechnung gebracht werden, die die Unterstützung der Allgemeinheit im reichsten Maße verdient.

Es darf nun nicht verkannt werden, welche große Schwierigkeiten sich besonders in heutiger Zeit der Erhaltung und Weiterführung der Spiele entgegenstellen. Ganz abgesehen davon, daß es schon recht schwer ist, in unserer heutigen, dem Materialismus huldigenden Zeit hunderte von Personen für eine mit Opfern mangeteile Art verbundene ideale Sache zusammenzuführen und warm zu halten, bietet die starke finanzielle Belastung durch Verleuerung der Ausgabelast nach jeder Richtung hin ein schwer zu überwindendes Hemmnis. Um das ideale Werk, seines Charakters als Volksschauspiel und Volksspielform nicht zu entleeren, dürfte in der Steigerung der Eintrittspreise und Losen nicht Gleichschritt gehalten werden. Dieser Umstand macht es nun unmöglich, jedes Jahr ein neues Stück anzuführen, das in heutiger Zeit mehrere Hunderttausende verschlingen würde. Notgedrungen muß deshalb in diesem Sommer nochmals Schiller's Wilhelm Tell aufgeführt werden.

Der Rest der Dettingheimer Naturdramen mit seinen musikalischen und geistlichen Einlagen wird aber in Einzel- und Ge-

samleistung so meisterhaft durchgeführt und ist als Abbild unserer heutigen Verhältnisse so zeitgemäß, daß es zum tatsächlichen Erlebnis wird. Aber auch jene, die den Tell in Dettingheim schon einmal oder gar wiederholt gesehen haben, bieten die verbesserte und verbesserte Szenerie und die spielerischen Veränderungen mancherlei Art wieder neue Reize und Kunstgenüsse.

Die Spiele beginnen in diesem Sommer am Pfingstmontag den 16. Mai. Umrahmt von dem blühenden, fröhlichsten Festmahl wird die an sich schon prächtige Natursehenswürdigkeit besonders am Eröffnungstage in schönsten Prachtgewande dem Betrachter zeigen. Vereine, Schulen und größere geschlossene Verbände erhalten im Mai und Juni auf allen Plätzen Vergünstigung. W. R.

Landestheater. Das neue Personal. Die Maßnahmen zur Ergänzung bzw. zur Erneuerung des darstellenden Personals sind nunmehr abgeschlossen: Herr Glaz, der neue Vertreter des Basspuffadases, hat seinen Dienst, wie bekannt, angetreten. Am 2. Mai wird die Nachfolgerin der Frau von Dörska im Fache der jugendlichen Sänglerin, Fräulein Stedert vom Stadttheater in Bamberg, eintreffen. Die übrigen Lücken im Personal werden, wie folgt, ausgefüllt: In der Oper das Fach des Soldatenors anstelle des Herrn Schöffel, der seinen Vertrag mit dem Landestheater gekündigt hat, mit Herrn Illen vom Friedrichstheater in Detting; die Stelle des lyrischen Baritons (jetzt Herr Aldori) mit Herrn Weirauch vom Stadttheater in Freiburg i. Br.; das lyrische Tenorsfach anstelle des Herrn Neugebauer, der eine Erneuerung seines Vertrages mit dem Landestheater bestimmt abgelehnt hat, mit Herrn Kenwig vom Stadttheater in Gleiwitz; das Fach der ersten Altistin, das seit dem Ausbleiben von Frau Pehl-Demmer verwaist ist, mit Fel. Weber vom Opernhaus in Charlottenburg; die Stelle der jugendlich-dramatischen Sänglerin, Nachfolge von Frau Pohl-Sajik, mit Fel. Pauls vom Stadttheater in Gera. — Im Schauspiel tritt anstelle von Fel. Baberle als muntere und jugendliche Zaccane eine Frau vom Stadttheater in Brunn. Die bisher unbefestete Stelle der jugendlichen Heroine wird Fel. Müller vom Stadttheater in St. Gallen einnehmen.

Pfingsttagung des Bundes entschiedener Schulförderer. In Frankfurt a. M. findet während der Pfingsttage am 17. und

18. Mai ds. Js., eine bemerkenswerte Tagung des deutschen Bundes entschiedener Schulförderer statt, zu der alle Schulbehörden, Pädagogen, Elternräte und Schulfreunde von Süddeutschland eingeladen sind. Der erste Tag ist theoretischer Förderung vorbehalten und wird durch Referate von Paul Desherreich (Berlin), Franz Stadlauer (Darmstadt), Anna Siemsen (Düsseldorf), sowie von Franz Hilfer (Berlin) eingeleitet. Der zweite Tag ist praktischen Fragen, namentlich der Produktionslehre gewidmet. Referenten sind hier Karl Göbe (Hamburg), August Seyn (Neudöhlen), Fritz Gansberg (Weenen), Siegfried Kaueran (Charlottenburg) und Olga Eing (Frankfurt a. M.). Die Nachmittage sind für die allgemeine Aussprache über die Referate bestimmt. In einer Vorkonferenz am 17. Mai, abends, spricht Hse Müller-Lescheid (Berlin) über Schulförderung und Lebensreform. Der Preis der Teilnehmerkarte beträgt 6 M. Die Tagung wird die Träger und Führer der Bewegung mit ihren Freunden und Kollegen, die es werden wollen, namentlich aus Süddeutschland vereintigen und will die Vertiefung des Verständnisses für die deutsche Schulförderung auf demokratischer Grundlage in unserer bedrohten Weltmark als ein Element nationaler Stärke fördern und pflegen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Das Sexualproblem in der Volksschule. Grundlage aller Sexualpädagogik kann nur die Schulförderung sein, die die Kinder schon in den Jahren der schulpflichtigen Kraft macht. Das ist aber nur möglich in einer warmen, auf innerer Verbundenheit beruhenden Klassengemeinschaft, wo die Kinder nicht konkurrieren untereinander und der Lehrer nicht Wapfl ist. Wer Kindern das gegenseitige Wohlwollen bei der Arbeit verbietet oder es gar bestraft, kann auch nicht sexuelle Erziehung leisten. Die ungeheure sexuelle Not, die der Krieg und seine Folgen noch verstärkt haben, muß die Volksschullehrer auch für dieses Gebiet interessieren. Wie das geschehen kann, zeigt Johannes Schult-Hamburg in Nr. 8 der Zeitschrift „Der Elternbeirat“. Verlag Berlin SW 68, Lindenstr. 114, in einem beachtenswerten Aufsatz „Das Sexualproblem in der Volksschule“. In dem genannten Heft äußern sich zu derselben Frage auch ein Arzt, eine Mutter und ein Jugendlicher.

Arbeiterschaft schriftlich und mündlich erklärt, die von ihnen vertretene Arbeiterschaft wäre bereit, die Arbeit nach dem Einigungsorschlag vom 12. April auszunehmen. In der Sitzung vom 18. April gingen sie sogar soweit und gaben ihre Zustimmung zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit und erklärten sich auch hieraus der Vorschlag des Vorsitzenden vom 18. April. Daß nun aber die Textilarbeitgeber nicht so besonders schuldlos an diesem Streit sind, bewies die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß Freiburg am 12. April, wo der Vorsitzende u. a. erklärte, daß bevor ein derartiger Streit begonnen würde, müßte vor allen Dingen der zuständige Schlichtungsausschuß angerufen werden. Nun kam dorten dann zur Aussprache, daß der Zentralverband der Maschinisten und Seiger bereits im vorigen Jahre und zwar im Monat Oktober für seine Berufsgruppe den Schlichtungsausschuß Freiburg zwecks Festsetzung der Lohnsätze angerufen habe. Der Schlichtungsausschuß Freiburg hat diesem Antrage am 9. 11. 20 entsprochen und die Löhne ab 1. 8. 20 auf 4,50 M und 4,30 M festgesetzt, ab 1. 11. 20 auf 5,20 M und 5 M die Stunde. Die Herren Arbeitgeber der badischen Textilindustrie haben diese Lohnsätze abgelehnt. Nachdem die Verbindlichkeitsklärung durch den Demobilisationskommissar erfolgt war, erklärten die Herren Arbeitgeber nach wie vor, sie bezahlten aber nicht, sie ließen sich von niemanden Löhne festsetzen. Daß alle Wege beschritten wurden, um endlich diese Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, unterliegt keinem Zweifel, daß aber bis zur Stunde auch dieses noch nicht durchgeführt ist, kennzeichnet so richtig den Standpunkt der badischen Textilarbeitgeber und müßte durch dieses Vorgehen die Allgemeinheit erkennen, daß die badische Textilarbeiterschaft durch ihre Arbeitgeber in diesen Kampf hineingezwungen wurde.

Aus dem Lande

Waldburn, 4. Mai. Die Folgen der Erhöhung der Frachtpreise auf der Eisenbahn für die hiesige Blumenindustrie von katastrophaler Wirkung. Sämtliche Blumenfabriken müssen ihren Betrieb einstellen und haben das zum Teil schon getan. Manche Blumenhandlung kauft auf weitere Entfernung oft so viel Fracht als ihr Wert beträgt. Daß unter diesen Umständen die Bestellungen unterbleiben, ist selbstverständlich.

Rannheim, 8. Mai. Diebstahlsdelikt. Gestern Abend wurden zwei Diebe überrascht, wie sie gerade daran waren, bei vollem Betrieb ein Koffein am Friedrichsplatz auszudieben. Der eine der Diebe warf die Gegenstände einem draußens wartenden Kumpanen zu. Die beiden Strauchgitter wurden von der Polizei festgenommen.

Seibelsberg, 6. Mai. Die Polizei verhaftete einen Händler aus Eschelsbach, der mit falschen Würfeln spielte.

Walsh, 7. Mai. Ein 15jähriger junger Mann stürzte am letzten Mittwoch aus einer Schiffskaule. Dabei stieß er mit dem Kopf auf die Einsteigertreppe und verletzte sich schwer. Er wurde bewußtlos vom Platte getragen und konnte bis jetzt nicht zum Bewußtsein gebracht werden. Es ist sehr fraglich, ob er mit dem Leben davonkommt.

Neustadt, 7. Mai. Der Gendarm Heuber aus Salem der zwei Landstreicher festgenommen hatte, wurde von diesen auf dem Transport überfallen und nicht unerheblich verletzt. Es gelang, die beiden Kaufleute ins Gefängnis nach Heberlingen zu bringen.

D. J. Mühlheim, 8. Mai. Ein Landwirt der hiesigen Umgebung beantwortete bei der Pollkontrolle an der schweizerischen Grenze die Frage, was er in der Hand habe, mit der Antwort: Das sind nur Zeitungen. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß sich in den Zeitungen Schweizer Postpapiere befinden im Betrage von 8000 Franken, also gegen 80 000 M. Die Papiere wurden beschlagnahmt.

Verkehrshemmer. Die Annahme von Eis- und Frachthilfgütern, von Eis- und Frachtwagenabgaben, sowie Exportgut nach allen Stationen des Bezirkes Ratowitz wird bis auf weiteres gesperrt.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 9. Mai.

Geschichtskalender

9. Mai. 1805 † Schiller in Weimar. — 1864 † Der Journalist Wilh. Wolff („Kammaten-Wolff“) zu Wandseher. — 1919 Aufruf der Partei: An die Sozialisten aller Länder.

Karlsruher Parteinachrichten

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins

Am Mittwoch, 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Eleanoren“ die ordentliche Generalversammlung statt. Die Tagesordnung umfaßt: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahl, Beratung eingelaufener Anträge. Hierzu sind alle Genossen und Genossinnen eingeladen.

5. Badischer Landtagswahlkreis. Heute abend 6 Uhr findet eine Sitzung des Kreisvorstandes statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

Verein Arbeiter-Jugend. Die auf heute abend angesetzte Vorstandssitzung muß umstandslos auf die Woche nach Pfingsten verlegt werden.

Deutschnationale Heereschau

Beim Trauerkundst in Potsdam, da ja, die Geschickten waren allefant da, Die Nitterchaft und die Diplomatie, Die müdigen Stützen der Erdnackte. Der traurige Anlaß hat niemand geteert, Sie haben mal wieder gepumpt, paradiert. In Uniformen- und Waffenglanz Und dem glühenden Odensitzfang Die ganze geschlagene Generalfität Mit Papa Hindenburg an der Seite; Auch Ludendorff mit dem Doppeltinn Schritt led einbet mit Stolz im Sinn, Man sah, er leidet gottlob keine Not, Der Vater vom Friedensangebot. Die Sippschaft, die in ein Kanjloch Am neunten November furchsam kroch, Die Stümper, die das Volk gottlob Nach vier Jahren Krieg aus dem Sattel hob, Sie fanden wieder die alte Schneid Und denken an Restauration mit der Zeit, Vom General bis zum Leutenant Der ganze glorreiche Erstklassigen-Stand War da und rief, betrauert von der Zahl: Hurra! Die Welt wird deutschnational! Nur eines fehlte, und das war schad — Die „Kerls“, denn diese bräunte man grad, Was nützte Herrn Ludendorff ein Heer, Wo jeder ein höher Charakter war? Ja ja, man braucht den gewöhnlichen Mann, Damit man die Welt wieder schuhregeln kann; — Wenn sich der „Kerl“ nur nicht was laßt Und einen Strich durch die Rechnung macht!

Meridian Madlinger

Die Gartenstadt Karlsruhe im Jahre 1920

Die Gartenstadt Karlsruhe-Rüppurr gibt soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1920 heraus. Aus ihm ist zu entnehmen, daß der Zugang von Mitgliedern 204 beträgt und auf 809 angewachsen ist. Der Genossenschaft war es nicht möglich, all die Wohnungsjugend zu befriedigen. Im ganzen umfaßt die Gartenstadt 229 Wohnungen und zwar 16 Reihenhäuser in Einzelhäusern, 52 in Doppelhäusern, 151 in Reihenhäusern und 10 in Etagenhäusern. Ueber die Bautätigkeit sagt der Bericht u. a.: Im Laufe der Monate Juli und August konnten 20 Wohnungen bezogen werden, deren Baukosten sich auf rund 1,6 Millionen Mark belaufen. Zum Vergleich dazu sei angeführt, daß die früher erstellten 200 Wohnungen insgesamt etwa 1,8 Millionen Mark kosteten. Mit der Stadtgemeinde kam eine Abmachung zustande, daß die Gartenstadt auf ihrem von der Domäne überlassenen Gelände 88 Wohnungen erstell, die Eigentum der Genossenschaft bleiben. Die Stadt leistete finanzielle Hilfe und behält sich dafür diverse Rechte vor. Ferner hat die Stadt in Rüppurr 88 Wohnung erstellen lassen, die in Ergänzung auf die Gartenstadt übergegangen sind. Die Gesamtlohn dieser 76 Wohnungen betragen über 6 Millionen Mark.

Die finanzielle Lage der Genossenschaft gibt zu Besorgnissen keinen Anlaß, trotzdem die letzte Zeit mit ihren durch Kriegsurachen verursachten enormen Schwierigkeiten für die Tätigkeit der Baugenossenschaften sehr hinderlich ist. Einen großen Wert legt die Leitung auf die Unterhaltungsarbeiten der Häuser und Wohnungen, trotzdem die Reparaturen einen sehr großen Betrag verschlingen. Ueber 36 000 M gab die Genossenschaft für diese Zwecke aus.

Die Gartenstadt kann auf das verfloßene Jahr mit Stolz zurückblicken, denn trotz überaus großer Schwierigkeiten ist es ihr gelungen, gute und den Verhältnissen entsprechende billige Wohnungen zu bauen. Sie hat damit aber auch dem Siedlungs- und Genossenschaftsgedanken in der Tat vorzügliche Dienste geleistet.

Anfänger des Vereins Volksbildung (C. V.)

Im Sommer 1899 traten hier eine Anzahl Männer zusammen, um in gemeinsamen Beratungen die Grundlagen festzusetzen, auf denen, ähnlich wie in anderen Städten bereits mit Erfolg geschehen, den unbemittelten Volksteilen sowohl in wissenschaftlicher, als auch in künstlerischer Beziehung eine Förderung und Vertiefung der allgemeinen Bildung in Vereinstätigkeiten übermitteln werden könnte. Man einigte sich dahin, daß dies zunächst in der Richtung der damals in Deutschland in den Anfangsstadien der Entwicklung befindlichen sogen. Volkshochschulen zu erstreben sei, daß daneben aber auch durch Veranstaltung von Volksvorlesungen im Volkshaus, sowie durch Konzerte und sonstige künstlerische Darbietungen der Sinn des Volkes für eine geistige Unterhaltung gefördert und gebildet werden müsse.

In der konstituierenden Versammlung am 17. Oktober 1899 wurden die Satzungen des Vereins, der den Namen Verein Volksbildung erhielt, festgestellt. Die sofort eintretende Vereinsaktivität konnte bereits im ersten Geschäftsjahr durch den guten Besuch sowohl der fünf Vortragsabende (588 Hörer), als auch der beiden Theaterveranstaltungen und der beiden Unterhaltungsabende erfreuliche Erfolge aufweisen. Auch der Bildung einer Volksbücherei und Volkseisbahn wurde bereits im ersten Vereinsjahr näher getreten. Die feierliche Eröffnung der Volkshalle im Hause Waldhornstraße 22 und die Uebergabe der Volkshalle an den Verein Volksbildung fand am 12. November in Anwesenheit von etwa 100 Personen statt. Es würde zu weit führen, die weitere Entwicklung des Vereins hier im Einzelnen zu verfolgen. Den Höchststand seiner Mitgliederzahl hat er im Oktober 1914 mit 1465 erreicht. Mit Ausbruch des Krieges ging die Mitgliederzahl unaufhaltsam und stetig zurück. Am 1. Oktober 1920 war sie auf 678 gesunken. Die Vortragsreihe, Theaterveranstaltungen und Unterhaltungsabende, ebenso wie die Volkshalle wurden zwar anfänglich noch gut besucht, allmählich machte sich aber in den letzten Jahren auch hier ein Rückgang bemerklich. Ganz im Einklang mit dem Rückgang der Mitgliederzahl und dem stetigen Anwachsen der Ausgaben in Folge von allgemeinen Preissteigerungen ging ein stetiger Rückgang in der finanziellen Lage des Vereins, der allmählich zu einer völligen Erschöpfung des Vereinsvermögens führte. Unter diesen Umständen sah sich der Vorstand nach langen eingehenden Beratungen zu dem schwerem Entschluß genötigt, der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 25. v. Ms. den Antrag auf Auflösung des Vereins zu unterbreiten. Da die Versammlung nicht beschlußfähig war, hat der Vorstand von seinem scheidungsähnlichen Recht Gebrauch gemacht und den Vorsitzenden Geh. Rat v. Dehmel-Krüger beauftragt, die Auflösung des Vereins im Vereinsregister zu veranlassen.

Damit scheidet ein Verein aus dem öffentlichen Leben Karlsruhes, der sich rühmte, daß, während der 22 Jahre seines Bestehens eine regenreiche und bahnbrechende Tätigkeit im Dienste der Ausgestaltung der sozialen Gegenstände auf den verschiedenen Gebieten des Wissens und der Bildung ausgeübt und den Vereinigungen die Bahn gebrochen zu haben, deren Händen jetzt die Weiterverfolgung der von ihm erstrebten Ziele überlassen werden darf.

Aufgabe der Stadt aber wird es nunmehr sein, die Einrichtung und Verwaltung der Volkshalle selbständig in die Hand zu nehmen, sie den Bedürfnissen der Jetztzeit entsprechend großzügig neu zu organisieren, und auf dem vom Verein Volksbildung betretenen Wege zielbewußt fortzuschreiten. Und so möge der Samen, der vom Verein Volksbildung in unserer Stadt ausgesät worden ist, weiter keimen und reiche Früchte tragen. Mögen die volkstümlichen Bestrebungen, denen der Verein Volksbildung seine Entstehung verdankt, und in deren Dienst er 22 Jahre regenreich gewirkt hat, auch nach dessen Auflösung in der Karlsruher Einwohnerschaft lebendig bleiben und tatkräftige Unterstützung finden!

Genug Freiwillige für Oberschießen! Amlich wird den „R. B. N.“ mitgeteilt: Bei den Behörden gehen überaus zahlreiche Anfragen wegen freiwilliger Meldung zur Oberschießigen Wehrmännungspolizei ein. Die von der Interalliierten Kommission zugelassene Höchstzahl von Freiwilligen ist jedoch durch Meldungen aus Oberschießen selbst und aus Niederschießen bereits vielfach überschritten. So sehr das vaterländische Empfinden der Männer, die sich freiwillig zum Kampf für Ruhe und Ordnung in Oberschießen melden wollen, anzuerkennen ist, so muß doch leider darauf hingewiesen werden, daß unter den erwähnten Umständen weitere Meldungen zur Zeit zwecklos sind.

Der Vor der Studenten. Im November 1920 hatte ein Ausschuß, an dessen Spitze der Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Dr.-Ing. Ammann und Geh.Rat Prof. Dr. von Degehäuser standen und dem führende Persönlichkeiten aller Kreise angehörten, einen Aufruf zwecks Sammlung von Mitteln zur Wüderung der Vorkasse, in der sich die studierende Jugend an der Technischen Hochschule Karlsruhe befindet, erteilt, der freundliche Aufnahme fand. Durch großzügige Spenden aus allen Teilen des Landes ist bisher die namhafte Summe von rund 240 000 M zusammengekommen. Der Ausschuß hat nun in einer Sitzung am 21. April beschloßen, die eingegangenen Mittel der Hochschule zu übergeben und für ihre Verwaltung einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der aus drei Mitgliedern des Lehrkörpers der Hochschule, 2 Herren aus dem Mitglieder-

und 2 Studierenden bestehen soll. Für das Sommersemester 1921 werden zur Unterstützung der Studentenschaft 15 000 M für die Mensa academica, 20 000 M für den Studentendienst zur Beschaffung billiger Lehrmittel und anderer Bedarfsgegenstände zur Verfügung gestellt. Weitere Zuwendungen sollen auf begründete Anträge der Studentenschaft nach Prüfung des Bedarfs durch den Ausschuß gewährt werden. Bei der Notlage, in der sich große Teile der Studentenschaft befinden, werden natürlich erhebliche Mittel laufend erforderlich, um einigermassen helfen zu können. Die Sammel- und Werbetätigkeit soll daher energisch fortgesetzt werden. Alle diejenigen, die bisher noch nichts beigetragen, aber an einem guten technischen Nachwuchs Interesse haben, werden daher dringend gebeten, Spenden auf das Konto „Studentenhilfe“ bei der Rheinischen Kreditbank in Karlsruhe zu überweisen. Allen denen aber, die dieses Unternehmen schon bisher tatkräftig und hilfsbereit unterstützt haben, gebührt in hohem Maße der Dank der Technischen Hochschule.

Scheffelfeier. Wie alljährlich, so hatte sich auch gestern vormittag wieder die hiesige sehr zahlreiche Scheffelfeiergemeinde vor dem Scheffelfeld in der Bismarckstraße eingefunden, um den größten badischen Dichter zu feiern und seiner Muse zu huldigen. Seminardirektor Salzlitzki hielt die Festrede. Er schilderte das Leben des Dichters und dessen Bedeutung als Dichter. Der Männerchor „Concordia“ sang eine Reihe von schönen Liedern, darunter die Scheffelfeier „Ein genedlich ich Margarethe“ und „Das war der Herr von Rodenstein“. Ciffel vom Landesheuer regierte einige Gedichte von Scheffel. Das Hornquartett mit Landesheuer erstreute durch Musikstücke.

Neue 50 Pfennig-Stücke. Dem Reichsrat ist ein Antrag der Reichsregierung auf Prägung von weiteren 50 Millionen Mark in fünfzig-Pfennigstücken aus Aluminium zugegangen.

Der Statistische Jahresbericht für die Monate Oktober bis Dezember gibt, ist erschienen und im Buchhandel erhältlich. Das Heft enthält auch die Teuerungszahlen für Karlsruhe im Vergleich zu den Durchschnittszahlen anderer größerer Städte und des Reiches.

Die Mietvereinsämter führen eine neue Methode an, urteilen ein. Von der Mieter- und Untermieter-Vereinigung wird uns geschrieben: Bei uns gehen wiederholt Klagen ein, daß die Mieter vom Mietvereinsamt beurteilt werden, ohne zur Verhandlung selbst geladen zu werden. Bei einer Beschwerde gegen diese Ungerechtigkeit kommt einfach die Antwort: „Wir können von unserer Rechtsprechung nicht abweichen und halten dieselbe aufrecht.“ Anders funktioniert das Einigungsamt den Mietern gegenüber. Da wird, wenn ein solcher Herr nicht erscheint, einfach verurteilt. Die Zustände auf dem Mietvereinsamt demgegenüber immer mehr die Einseitigkeit zugunsten der Hauseigentümer, und schreien nach einer Reform an Haupt- und Gliedern. Genau so sieht es auf dem Wohnungsamt aus. Es wird höchste Zeit, daß eine Aenderung eintritt. Immer wieder müssen wir die Mahnung an die Mieter richten: Gehen in die Mieter- und Untermietervereinigung!

Mieter- und Untermietervereinigung Karlsruhe C.V. Auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Eleanoren, Kaiserstraße, stattfindende Mieterversammlung möchten wir auch an dieser Stelle aufmerksam machen.

Auf den Lichtbildervortrag „Die Wunder der Sternwelt“, den Hauptreferent Hermann Wagners aus Heidelberg am kommenden Dienstag, 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Eintrachtssaal“ nochmals halten wird, sei erneut empfohlen aufmerksam gemacht. Der Vortragende wird wiederum die Himmelsphotographien vorführen, die bereits an den bisherigen Vortragsabenden die staunende Bewunderung der Zuhörer fanden und er wird in leichtverständlicher Weise den Bau des Weltalls erläutern und so dem Zuhörer einen Einblick in die grandiose Welt der Sternwelt des Sternhimmels bieten.

2 Stadtpläne von Alt-Karlsruhe aus den Jahren 1788 und 1743, welche nach den alten jetzt wieder aufgefundenen Originalplänen in keiner Auflage hergestellt sind, erscheinen soeben im Verlage der Galerie Moos, Kaiserstraße 187. Diese alten Kupferstiche geben die ursprüngliche Anlage der Stadt in prächtiger Weise wieder und dürften sich Sammler und Kunstfreunde gleichermaßen dafür interessieren. Als Wandplakat für antilke Büros und Kontore gibt es von Karlsruhe nicht Besseres.

Aus der Partei

Sozialdem. Verein. Mittwoch, 11. Mai, abends 8 Uhr findet im „Eleanoren“ eine Mitgliederversammlung statt. In Anbetracht einer sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Parteigenossen, zu erscheinen. Auch Volkstreuende sind eingeladen. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, um 8 1/2 Uhr zu einer Sitzung zu erscheinen.

Gründungen, 5. Mai. In der vergangenen Woche fand die Fortsetzung unserer diesjährigen Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war sehr reichhaltig und läste in beiden Versammlungen eine starke Diskussion aus. Der Geschäftsbericht wurde vom Vorstand gegeben, eine rege Tätigkeit unserer Partei war daraus zu ersehen. Der Mitgliederstand könnte noch höher sein. Gerade an unserm Ort, wo die kommunistischen Wirkkräfte eine vergrößerte demagogische Politik treiben, ist es unsere Pflicht, diese Wirkkräfte aufzuklären, um eine im sozialistischen Geiste erzogene Arbeiterkraft der Partei zuzuführen. Der Kassenbericht ergab ein besseres Bild wie im vergangenen Jahre. Die Benutzung der Bibliothek könnte bedeutend besser sein. Den Bericht der Arbeiterjugend gab Jugendleiter Gensse Schildt. In kurzen Worten wies er darauf hin, aus welchen Gebankengängen heraus der Ausschluß dazu gekommen ist, hier einen Arbeiterjugend-Verein ins Leben zu rufen. Der Samen fiel auf guten Boden, denn es ist schon eine Mitgliederzahl von 30 zu verzeichnen. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Heinrich Kurz, 1. Vorsitzender, Fritz Müller, 2. Vor., Ludwig Radmann, Kassier, Ludwig Scheidt, Schriftführer, Ernst Fischer, Emil Leipert, Friedrich Benz, Peter Sand, Beisitzer. Alle Zuschriften sind zu richten an Heinrich Kurz, Gründungen, Bismarckstraße. — Diejenigen, die noch Bücher schon längere Zeit aus der Bibliothek entliehen haben, mögen sie unverzüglich abgeben. Entleihungsfunden Sonntag vormittag 9-11 im „Badischen Hof“.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Lokale Nachrichten Hermann Kadel, für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heilbrunn Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gieseler für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Tuch-Ausstellung 1921
in 5 Schaufenstern mit Preisangabe ab 1. April
110, 120 M. Wilh. Wolf jr. 130, 160 M
Kaiserstrasse Nr. 82 a Eeko Lammstrasse.

